Sonnabend, 10. Juni 1922 • 51. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 1 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 270

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Vorläufig keine große und keine kleine Anleihe?

Vertagung der Verhandlungen auf drei Monate.

Inzwischen Handelskredite für Deutschland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 10. Juni.

Gestern abend wurde von allen Beteiligten erklärt, daß über die Beschlüsse der Anleihekommission keine Mitteilung gemacht werden könne, bevor in der heutigen, voraussichtlich letzten Beratung der Schlußbericht fertiggestellt worden sei. Während der Nacht aber scheint doch einiges über die Beratungen durchgesickert zu sein; denn die Pariser Morgenblätter bringen Einzelheiten, die große Wahrscheinlichkeit in sich haben. Nach diesen Meldungen **halten die Bankiers eine internationale Anleihe vorläufig für unmöglich. Sie stellen jedoch in Aussicht, daß sie ihre Beratungen in drei Monaten wieder aufnehmen werden,** um zu versuchen, ob dann die Verhältnisse günstiger geworden sind. Inzwischen stellen sie den alliierten Regierungen eine Anzahl von Ratschlägen und Anregungen zur Verfügung, die nach Meinung der Weltfinanz das Anleiheproblem einer Lösung entgegenführen können. Diese Angaben wurden in ziemlich übereinstimmender Art von den Zeitungen verschiedener Richtung gemacht, so daß man auf eine gewisse Information schließen kann, wenn sie auch in Einzelheiten auseinandergehen. Es wird gesagt, daß in einer Sitzung der Bankiers auf die Notwendigkeit hingewiesen worden sei, die nächsten Zahlungen Deutschlands zu erleichtern, entweder durch eine kleine Anleihe oder durch Ausdehnung der Handelskredite, die die valutastarken Länder Deutschland bewilligen könnten. („Petit Parisien). Eine andere Information behauptet, daß die Bankiers sich auf genauere Untersuchungen über die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht einlassen werden, aber zwei Punkte hervorheben wollten, die Notwendigkeit, zunächst den am schwersten getroffenen Ländern beizuspringen und die, Deutschland dazu zu verhelfen, seine Reparationsschulden zu bezahlen. („Matin.") Diese letzte Kombination erscheint nicht sehr glaubwürdig. Nach allem, was über die letzten Vorgänge zu erfahren war, ist doch mehr von der Obstruktionspolitik Frankreichs, als von dem „bösen Willen" Deutschlands gesprochen worden. Dieser angebliche böse Wille ist eine Erfindung der französischen Politik und hat bei den Sachverständigenberatungen der Finanzleute überhaupt keine Rolle gespielt. Einige Zeitungen bringen noch mehr Einzelheiten. Der englische Delegierte Kindersley und der Holländer Viffering sollen nach Mitteilungen des „Oeuvre" mit besonderer Energie darauf bestanden haben, daß trotz der französischen Opposition eine sofortige Mobilisierung der deutschen Reparationsschuld begonnen würde. Darauf habe Morgan das Geständnis gemacht, daß im Augenblick die Meinungsverschiedenheiten der Verbündeten jeden finanziellen Plan erschweren, und daß man den Staatsmännern Zeit lassen müsse, zu einer gerechten Auffassung der ihren Staaten zustehenden Rechte zu gelangen. In dieser Ansicht soll Morgan von dem deutschen Delegierten Bergmann unterstützt worden sein. Ob der „Oeuvre" Recht hat, ist mir unbekannt. Wenn aber etwas richtig an dieser Darstellung ist, so kann sich durch die Bedenken Morgans nur Ministerpräsident Poincaré getroffen fühlen. Denn er ist der einzige Staatsmann, der sich in der Reparationsfrage den anderen Verbündeten entgegengestellt hat, und deshalb auch der einzige, der Zeit zum Ueberlegen braucht. In jedem Falle ist diese Ueberlegungsfrist vorläufig das wichtigste Ergebnis der Beratungen. Wenn die Bankiers ihre Verhandlungen **nicht abbrechen, sondern nur vertagen, geben sie dadurch zu erkennen, daß sie die internationale Anleihe für notwendig und möglich halten.** Diese Gewißheit ist die Hauptsache, da die Hindernisse, die in diesem Augenblick bestehen können, während des Sommers beseitigt werden können. Poincaré wird endlich zur Erkenntnis kommen, daß seine Politik der Vereinung für Frankreich bisher keinen Glücksgewinn gebracht hat. Nur die Freunde Poincarés von rechts haben eine andere Meinung. Jacques Bainville denkt mit Schrecken daran, daß Deutschland in die Lage kommen könne, seine Verpflichtungen schnell zu erfüllen, und daß dann Mainz geräumt werden müsse. Pertinax meint, die französische Regierung solle durch eine energische Politik Deutschland zum Gefühl seiner Pflicht zurückführen. Aber solche Aeußerungen werden allmählich seltener. Das „Journal" gibt eine Darstellung der gestrigen Verhandlungen, die über etwa sieben Stunden gedauert haben. Die Anleihekommission prüfte zuerst noch einmal die Möglichkeit einer großen Anleihe. Die Anleihe erscheint bei der Lage des Weltmarktes möglich, wenn die deutschen Verpflichtungen ermäßigt werden. Da aber mit dieser Ermäßigung nach den Erklärungen Frankreichs nur dann gerechnet werden kann, wenn gleichzeitig eine Annullierung oder Herabsetzung der alliierten Schulden ihre Folge ist, ist für den Augenblick an diese Anleihe nicht zu denken. **Die Bankiers nehmen an, daß innerhalb der nächsten drei Monate die öffentliche Meinung in Frankreich und Amerika genügend vorbereitet sein werde, die Anleihefrage unter besseren Voraussetzungen wieder aufnehmen zu können.** Für den Aufschub trat Morgan ein, für eine schnelle Erledigung der Engländer Kindersley. Der belgische Vorsitzende Delacroix soll erklärt haben, daß es Belgien niemals einfallen werde, für eine Herabsetzung der französischen Forderung einzutreten. Wenn diese Bemerkung tatsächlich gefallen ist, dann wäre sie durch die Verhandlungen veranlaßt, die seit zwei Tagen zwischen Paris und Brüssel stattgefunden haben. Nachdem die große Anleihe negativ erledigt war, wurde die kleinere Anleihe besprochen. Es wurde gesagt, daß sie Vorteile und Nachteile hätte. Die Nachteile bestänben darin, daß Frankreich bei einer solchen Anleihe zu kurz komme, und daß Deutschland dann für Verpflichtungen doppelter Art aufzukommen habe, und zwar für die Reparationsschulden und für die Verzinsung der Anleihe. Deshalb machte der Pariser Sergent den Vorschlag, Deutschland lieber durch Handelskredite zu helfen. Die Verhandlung ist gestern nicht zu Ende geführt worden. Ebenso konnte über die Frage der Antwort an die Reparationskommission noch keine Einigung erzielt werden.

* * *

Der Bericht des Morganschen „Studienkomitees" an die Reparationskommission liegt, wie wohl zu beachten ist, noch nicht vor. Er dürfte heute erstattet werden und dann erst wird sich herausstellen, was an den Meldungen der Pariser Morgenpresse Wahrheit und was Tendenz ist. Stimmt es, daß die Vertagung jeglicher Anleiheoperation auf drei Monate beschlossen wurde, so schafft das für Deutschland im Hinblick auf unsere Note vom 28. Mai eine verzwickte finanzpolitische Situation, aber für die allgemeine politische Lage bedeutet es eine Klärung. So würde festgestellt, daß die ganze internationale Hilfsaktion an der Obstruktion der französischen Regierung gescheitert ist. Die Wirkung auf die öffentliche Meinung in Amerika, Europa und — vielleicht sogar in Frankreich würde nicht ausbleiben. Vielleicht würde das nicht einmal drei Monate dauern.

Tschechische Stimmen für den Anschluß.

Die Folgen einer Finanzkatastrophe in Deutsch-Oesterreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Prag, 10. Juni.

Das wirtschaftliche Chaos in Deutschösterreich beschäftigt nun auch die tschechische Oeffentlichkeit in vollem Maße. Man erwägt die Folgen eines Zusammenbruches Deutschösterreichs für den eigenen Staat und die mitteleuropäische Neuordnung. Man ist sich dessen bewußt, daß mit dem Sturze dieses „Eckpfeilers" des Germainer Friedensdiktates das europäische Gebäude gewaltige Risse bekommen könnte. An die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Selbsthilfe Deutschösterreichs denkt kein ernster Politiker mehr, und der Glaube, daß die Ententemächte einen ausreichenden Kredit gewähren werden, ist bei der Haltung der Kreditgeber gleichfalls geschwunden. Auch die Tschechoslowakei dürfte mit Rücksicht auf die eigene finanzielle Lage und im Hinblick darauf, daß durch sei, sich kaum zu einer weiteren finanziellen Stützungentschließen. So bleiben nur die einzigen in der Oeffentlichkeit erörterten Mittel übrig: entweder Aufteilung oder Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland. Von der Aufteilung wagt zumindest die Presse nicht zu sprechen. Es wünschen sie auch nur die Annexionisten. Die ernsten Politiker würden in einem etwaigen Länderzuwachs auf Kosten Deutschösterreichs nur eine Vermehrung der innerpolitischen Schwierigkeiten und die völlige „Verdeutschung" der Tschechoslowakei bedeuten. Die Aufteilung würde auch den ungarischen Appetit auf das Burgenland und dasdas jugoslawische Verlangen nach dem südösterreichischen Gebiete stärken, was Italien nicht zuließe. Sohin könnte es leicht zu einem regelrechten Krieg kommen. Für den Anschluß an Deutschland einzutreten, verbietet in Prag französische Politik. Das Verbot respektiert aber nur die regierungstreue und die frankophile Presse. Eine aufsehenerregende Ausnahme machte heute das Organ des künftigen Ministerpräsidenten Schehla und des jetzigen Kriegsministers Udrschal, das Blatt „Venkow". Dieses kommt angesichts der katastrophalen Lage Deutsch-Oesterreichs zu dem **Ergebnis, die einzige Lösung sei der Anschluß.** Dem **Anschluß zuzustimmen, wäre für die Tschechoslowakei nur Gewinn,** weil das wirtschaftliche Problem Mitteleuropas vereinfacht wurde. Deutschland würde die tschechoslowakischen Sache ohnedies zur Angelegenheit Europas machen, und die Südgrenze eines durch Deutschösterreich erweiterten Deutschlands würde vorteilhafterweise zur Nordgrenze nicht nur Jugoslawiens, sondern auch Italiens werden.

Die Sachlieferungen für Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 10. Juni.

Das „Echo de Paris" verlangt eine kräftige Durchführung der Sachlieferungsverträge, die bisher hauptsächlich durch die Schuld der französischen Unternehmer nicht zur Anwendung gekommen sind. „Bis zum 1. Mai 1922", sagt das Blatt, „hat Frankreich Lieferungen im Werte von 672 Millionen Goldmark erhalten, mehr als die Hälfte von allem, was an die Gesamtheit der Gläubiger geliefert worden ist. Unter diesen Lieferungen ist die Kohle mit 382 Millionen einzustellen, der Rest von 290 Millionen Goldmark entspricht nach dem „Echo de Paris" nicht dem, was Frankreich abzuverlangen kann. Die Lieferungen, welche die französische Privatindustrie verlangte, sind gleich Null. Serbien hat auf diese Weise 37 Millionen einkassiert, Belgien 389 000, Italien 623 700. Frankreich steht in seinen Bezügen hinter Belgien und Italien zurück. An diesem Mißverhältnis hat die Privatindustrie schuld, die die Anwendung der Sachlieferungsverträge verhindert hat. Die Aufstellung für 1923 läßt sich aber besser an. Das Sachlieferungssystem muß vollständig durchgeführt werden, um den Ertrag zu bringen, den man erwarten kann."

Die deutsch-englischen Allianzversuche.

Aus der Dokumentensammlung des Auswärtigen Amtes.*)

Von

Erich Dombrowski.

Der Berliner Kongreß, der den türkisch-russischen Krieg mit all seinen Konsequenzen im Orient liquidieren sollte, endete mit einer schweren Verstimmung Rußlands gegen Deutschland. Die Russen fühlten sich, obwohl Bismarck lediglich die Rolle des ehrlichen Maklers zu spielen versucht hatte, von ihm vernachlässigt und übervorteilt. Aus dieser Entfremdung zog Bismarck sehr bald die notwendigen Folgerungen. Der Zweibund kam zustande, und bereits Mitte September 1879 streckte der Reichskanzler Fühler nach London aus, um auch England in seine Kombination vor der heraufziehenden russischen Gefahr einzubeziehen. Gleichwohl hütete er sich den Gegensatz zu Rußland noch zu verschärfen. Im Gegenteil. Aber er wollte sich doch auf alle Fälle eine größere Rückendeckung verschaffen, da er immer damit rechnen mußte, daß in einem Konflikt Deutschlands mit Rußland auch die Franzosen nicht tatenlos Gewehr bei Fuß stehen würden. An der Spitze der englischen Regierung stand damals Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield. Den ersten Bündnisfühler hatte Bismarck übrigens schon drei Jahre früher unternommen. Indessen hatte England die Sache in jenen Tagen schließlich fallen gelassen. Auch diesmal sollte der Verlauf der Dinge letzten Endes nicht anders sein. Zwei Momente gaben dieser Politik einer engeren Verbindung eine andere Richtung. Das Verhältnis Deutschlands zu Rußland wurde nach und nach wieder freundlicher, und als das konservative Kabinett Disraelis 1880 bei den Wahlen unterlag und die Liberalen unter Gladstone ans Ruder kamen, wurden die Anregungen und Besprechungen nicht wieder aufgenommen.

Am 16. September 1879 gibt der Gesandte im Auswärtigen Amt, Herr v. Radowitz, dem deutschen Botschafter in London, Grafen Münster, in einem „ganz geheimen Schreiben" die Anweisung, in der Downing-Street vorsichtig anzufragen, wie England sich dazu stellen würde, wenn Deutschland sich weiterhin russischen Zumutungen versagen und dadurch mit Rußland auseinandergeraten würde. Wörtlich fährt er dann fort:

„Ein wesentlicher Faktor für die hier zu fassenden Entschließungen wird die Stellung sein, welche England in solchem Falle einnimmt. Es bedarf keiner Ausführung, daß nicht direkte deutsche Interessen uns notwendigerweise davon abhalten, den Wünschen Rußlands wegen Unterstützung seiner Orientpolitik nachzugeben. Nur höhere Rücksicht auf unsere Freundschaft zu Oesterreich-Ungarn und zu Großbritannien kann uns bestimmen, wenn wir russischem Andrängen auf diesem Gebiete widerstehen. Aber bevor wir in einer solche Politik einlenken, müssen wir wissen, was von England zu erwarten ist, falls (wir) uns dadurch mit unserem östlichen Nachbarn in Händel verwickeln sollten.

Dies ist in großen Grundzügen die Lage, mit der Fürst Bismarck gewünscht hat, Euer Exzellenz im engsten Vertrauen bekannt zu machen, um daran seinerseits das Ersuchen zu knüpfen, daß Sie nach Möglichkeit durch intime Besprechung mit Lord Beaconsfield ermitteln möchten, welche Richtung der englische Premierminister der Politik seines Landes in der oben angedeuteten Eventualität zu geben gesonnen sein würde."

Ende des Monats findet die Besprechung des Grafen Münster mit Disraeli statt. Der Botschafter berichtet darüber in zwei Schreiben. „Beim ersten Worte", meldet er, „was ich nur über die Möglichkeit eines Erhaltens unserer guten Beziehungen zu Rußland sprach, sagte Lord Beaconsfield mir, daß eine innige Verständigung mit Deutschland und eine intime Allianz stets das Ziel gewesen sei, welches er zu erreichen erhofft habe." England müsse und wolle Alliierte haben, fuhr er fort, um mit eingreifen zu können in die Geschicke Europas. Die Politik der Nicht-Intervention sei unpraktisch, und für ein Land, das sich seiner Macht bewußt sei, auf die Länge unmöglich, sie rühre von Cobden und seinen Anhängern her, und diese hätten auf politischem Felde mit non intervention at any price ebenso viel Schaden angerichtet, als wie mit free trade without reciprocity. Die natürlichsten Alliierten für England seien Deutschland und Oesterreich. Er würde mit Freuden auf eine Allianz mit Deutschland eingehen. Auch der englischen Krone könne Deutschland ganz sicher sein. „Und der Prinz von Wales" (der spätere König Eduard VII.)? warf der Botschafter ein. Darauf Lord Beaconsfield: „Sie haben recht, der Prinz hat gewisse Sympathien für Frankreich, mehr aber noch", meinte er lächelnd, „für Französinnen". Diese Sympathien sind aber nicht so tief gewurzelt als seine Abneigung, man könnte es fast Haß nennen, gegen Rußland. Wäre daher nur die Rede von der Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich allein, so würde er vielleicht zu Frankreich neigen. Handelt es sich aber um einen Krieg zwischen Rußland und Deutschland, so würde er sicher auf deutscher Seite stehen. . . In der Masse des Volks ist eine Allianz mit Deutschland die populärste, und die freihändlerischen Ideen der Bright-Cobden-Schule würden immer mehr als unpraktisch verworfen." Bismarck war damit nicht zufrieden. Ihm fehlte in der Antwort Englands die Präzision. In einer Anweisung an den Botschafter in London erklärte er:

„Die diesseits gestellte Frage war: was wird England tun, wenn wir mit Rußland darüber in Händel geraten, daß wir durch

*) Der Artikel stützt sich auf die Dokumentensammlung des Auswärtigen Amts, die unter dem Titel „Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914" von der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W. 8, herausgegeben wird. Die uns vorliegenden Aushängebogen des vierten Bandes behandeln „Die Dreibundmächte und England".